

Einladung

Gremium: Rat - öffentlich
Sitzungstermin: Dienstag, 16.10.2007, 17:00 Uhr
Ort, Raum: Dorfkrug Delfshausen, Delfshauser Str. 141, 26180 Rastede

Rastede, den 05.10.2007

1. An die Mitglieder des Rates der Gemeinde Rastede

Hiermit lade ich Sie zu einer Sitzung mit öffentlichen Tagesordnungspunkten ein.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|-------|---|--|
| TOP 1 | Eröffnung der Sitzung | |
| TOP 2 | Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung | |
| TOP 3 | Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 10.07.2007 | |
| TOP 4 | Ergebnisse der Bevölkerungs- und Gemeinbedarfsentwicklung
Vorlage: 2007/177 | Berichterstatter: Bürgermeister Decker |
| TOP 5 | Geschäftsordnung des Rates - Antrag der Fraktion B'90/Die Grünen
Vorlage: 2007/222 | Berichterstatter: Bürgermeister Decker |
| TOP 6 | 4. Änderung Bebauungsplan 47 - Gewerbegebiet Leuchtenburg
Vorlage: 2007/163 | Berichterstatter: Herr Zörgiebel |
| TOP 7 | Aufstellung einer Außenbereichssatzung in Lehmdermoor
Vorlage: 2007/164 | Berichterstatter: Herr Zörgiebel |
| TOP 8 | 35. Änderung des Flächennutzungsplanes - Ortsumgehung Loyerberg (B211)
Vorlage: 2007/160 | Berichterstatter: Herr Zörgiebel |
| TOP 9 | Haushalt 2007 – Über- und außerplanmäßige Ausgaben
Vorlage: 2007/190 | Berichterstatter: Herr Finkeisen |

TOP 10 Entschließung zum Erhalt der notfallmedizinischen Versorgung in der Gemeinde Rastede
Vorlage: 2007/224 **Berichterstatter: Bürgermeister Decker**

TOP 11 Bericht des Bürgermeisters

TOP 12 Schließung der Sitzung

Anmerkung: Nach der öffentlichen Ratssitzung findet eine Einwohnerfragestunde statt, in der die Bürgerinnen und Bürger allgemeine Anfragen an den Ratsvorsitzenden stellen können.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Decker
Bürgermeister

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2007/177

freigegeben am 25.07.2007

Stab

Sachbearbeiter/in: Henkel, Günther

Datum: 25.07.2007

Ergebnisse der Bevölkerungs- und Gemeinbedarfsentwicklung

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
N	04.09.2007	Verwaltungsausschuss
Ö	16.10.2007	Rat

Beschlussvorschlag:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Sach- und Rechtslage:

Aufgrund des Beschlusses des Verwaltungsausschusses vom 30.01.2007 (Vorlagen-Nr. 2007/015) ist eine Bevölkerungs- und Gemeinbedarfsentwicklungsprognose für die Gemeinde Rastede von 2006 - 2020 beauftragt worden. Zwischenzeitlich ist vom Gutachter diese Prognose vorgelegt worden, wobei es sich nicht nur um eine Darstellung von reinen Einwohnerzahlen, sondern auch um die damit verbundenen Auswirkungen auf öffentliche Einrichtungen sowie eine Differenzierung der Einwohnerentwicklung nach Gemeindeteilen handelt.

Eine Kurzfassung ist dieser Vorlage als Anlage beigelegt; auf die darin enthaltene Kurzzusammenfassung ab Seite 32 wird hingewiesen. Die Langfassung wird aufgrund des Umfangs den jeweiligen Fraktionsvorsitzenden gesondert per CD zur Verfügung gestellt.

Bezüglich der Systematik ist vom Gutachter nach einem sogenannten Aktiv- und Passiv-Szenario differenziert worden. Die Ergebnisse zeigen, dass selbst die aktive Gestaltung der Handlungselemente nicht den Verlust der Bevölkerung absolut gesehen verhindern wird. Das gewählte Aktiv-Szenario unterscheidet sich im Wesentlichen vom Passiv-Szenario dadurch, dass es gelingt, die Wiedereingliederung von jungen Leuten nach deren Abwanderung, bedingt durch Ausbildungs- und Studiumsphase, zu ermöglichen bzw. zu erleichtern. Insofern wird sich deshalb die Bevölkerungsentwicklung in ihren unterschiedlichen Darstellungen ausschließlich auf die Anzahl der Geburten, nicht jedoch auf die Sterberate auswirken.

Die in der Kurzfassung dargestellte Einwohnerentwicklung bezieht in ihrer Zahlenbetrachtung jeweils die Einwohner mit Haupt- und Nebenwohnsitz mit ein. Die dabei zunächst unver-

hältnismäßig gering wirkende Einwohnerdifferenzierung zwischen dem Aktiv- und Passiv-Szenario zeigt allerdings erhebliche Auswirkungsunterschiede in den jeweiligen Altersklassen.

Unabhängig von der Szenarienbetrachtung ergibt sich im Ergebnis eine sehr deutliche Veränderung im Kinder- und Jugendbereich ebenso wie deutliche Einwohnerverluste insbesondere in den ländlichen Gemeindebereichen.

Die Auswirkungen hierauf sind spürbar im Bereich der öffentlichen Einrichtungen, wo ganz besonders die Schulen im Blickpunkt des Interesses stehen.

Der Gutachter wird hierzu ausführliche Darstellungen vornehmen.

Die aus dieser Bevölkerungs- und Gemeinbedarfsentwicklung abzuleitenden Überlegungen der Gemeinde können z. B. sein:

- a) Die Unterscheidung zwischen dem Aktiv- und Passiv-Szenario ergibt auf den ersten Blick keine wesentlichen Unterschiede. Dieses Ergebnis gilt aber nur für absolute Zahlen. Wesentliche Unterschiede ergeben sich in Teilbetrachtungen.
- b) Unabhängig vom Szenario muss eine Situation erzeugt werden, die Jugendliche / junge Erwachsene dazu bewegt, nach ihrer Ausbildungs-/Hochschulphase wieder in die Gemeinde zurückzukehren.
- c) Da quantitative Größen in nahezu keinem Bereich eine entscheidende Rolle spielen, sollte die Ausrichtung gemeindlicher Aktivitäten bewusst von Qualität geprägt sein.
- d) Der quantitative Ausbauzustand der öffentlichen Einrichtungen hat grundsätzlich einen Endzustand erreicht. Erhalt, Pflege und damit einhergehend Effizienzverbesserung sowie Kosten- / Nutzenoptimierung sind vorrangig zu verbessern und zu entwickeln.

Verständlicherweise findet diese Prognose Auswirkungen auf alle Lebensbereiche in der Gemeinde Rastede und wird deshalb grundsätzlich Eingang bei allen Planungsüberlegungen zu finden haben.

Finanzielle Auswirkungen:

keine

Anlagen:

1. Bevölkerungs- und Gemeinbedarfsentwicklung der Gemeinde Rastede von 2006 - 2020 (Kurzfassung)

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2007/222

freigegeben am 04.10.2007

Stab

Sachbearbeiter/in: Kobbe, Ralf

Datum: 04.10.2007

Geschäftsordnung des Rates - Antrag der Fraktion B'90/Die Grünen

Beratungsfolge:

Status

Ö

Datum

16.10.2007

Gremium

Rat

Beschlussvorschlag:

ohne

Sach- und Rechtslage:

Die Geschäftsordnung ist zuletzt im Zusammenhang mit der Einführung der Funktion des hauptamtlichen Bürgermeisters grundsätzlich überarbeitet und in der konstituierenden Rats-sitzung am 07.11.2006 mit einigen kleineren redaktionellen Änderungen versehen worden.

Da es sich um eine innerorganisatorische Angelegenheit des Rates handelt, bedarf die Behandlung dieses Antrages einer Vorbereitung durch den Verwaltungsausschuss nicht.

Finanzielle Auswirkungen:

keine

Anlagen:

1. Geschäftsordnung des Rates vom 07.11.2006
2. Antrag der Fraktion B'90/Die Grünen

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2007/163**

freigegeben am 27.06.2007

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Zech, Guido

Datum: 11.07.2007**4. Änderung Bebauungsplan 47 - Gewerbegebiet Leuchtenburg****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	17.09.2007	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	02.10.2007	Verwaltungsausschuss
Ö	16.10.2007	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Anregungen werden auf Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 17.09.2007 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Die 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 47 – Gewerbegebiet Leuchtenburg nebst Begründung und Umweltbericht wird gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Der Verwaltungsausschuss hatte in seiner Sitzung am 08.05.2007 die öffentliche Auslegung sowie die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange beschlossen (siehe Vorlage 2007/069). Die öffentliche Auslegung fand in der Zeit vom 22.05.2007 bis 22.06.2007 statt. Gleichzeitig wurden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange beteiligt.

Wesentliche Anregungen wurden nicht vorgebracht.

Die Stellungnahmen und die dazu erarbeiteten Abwägungsvorschläge können der Anlage 1 entnommen werden.

Näheres wird das Planungsbüro Diekmann und Mosebach in der Sitzung berichten.

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel stehen zur Verfügung.

Anlagen:

1. Abwägungsvorschlag
2. Planzeichnung
3. Planzeichenerklärung
4. Textliche Festsetzungen und Hinweise

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2007/164**

freigegeben am 27.06.2007

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Zech, Guido

Datum: 27.06.2007**Aufstellung einer Außenbereichssatzung in Lehmdermoor****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	17.09.2007	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	02.10.2007	Verwaltungsausschuss
Ö	16.10.2007	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Anregungen werden auf Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 17.09.2007 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Die Außenbereichssatzung nach § 35 Abs. 6 BauGB für einen Teilbereich südlich der Lehmdor Straße im Ortsteil Lehmdermoor nebst Begründung wird gemäß § 1 Abs. 3 und § 35 Abs. 6 BauGB als Satzung beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Der Verwaltungsausschuss hatte in seiner Sitzung am 08.05.2007 die öffentliche Auslegung sowie die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange beschlossen (siehe Vorlage 2007/040). Die öffentliche Auslegung fand in der Zeit vom 22.05.2007 bis 22.06.2007 statt. Gleichzeitig wurden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange beteiligt.

Wesentliche Anregungen wurden nicht vorgebracht.

Die Stellungnahmen und die dazu erarbeiteten Abwägungsvorschläge können der Anlage 1 entnommen werden.

Näheres wird das Planungsbüro NWP in der Sitzung berichten.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Planungskosten werden von den durch die Planung bevorteilten Grundstückseigentümern erstattet.

Anlagen:

1. Abwägungsvorschlag
2. Planzeichnung
3. Satzungstext

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2007/160

freigegeben am 27.06.2007

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Zech, Guido

Datum: 27.08.2007

35. Änderung des Flächennutzungsplanes - Ortsumgehung Loyerberg (B211)

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	17.09.2007	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	02.10.2007	Verwaltungsausschuss
Ö	16.10.2007	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Anregungen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 17.09.2007 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Die 35. Änderung des Flächennutzungsplanes – Ortsumgehung Loyerberg (B211) nebst Begründung und Umweltbericht wird gemäß § 1 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Gemäß Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 03.07.2007 (Beschlussvorlagen Nr. 2007/119) ist die Beteiligung der Öffentlichkeit in Form einer einmonatigen öffentlichen Auslegung bis zum 18.08.2007 durchgeführt worden. Außerdem hat auch eine Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange stattgefunden.

Wesentliche Anregungen oder Bedenken wurden vom Landkreis Ammerland dahingehend geäußert, dass er auf eine widersprüchliche Formulierung in der speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (saP) verwies. Dieser Widerspruch konnte zwischenzeitlich anlässlich eines Behördentermins ausgeräumt werden und wird in den weiteren Unterlagen neu formuliert.

Sehr umfangreiche Stellungnahmen kamen von Frau Hildegard Baumann zusammen mit Herrn Hans-Dieter Loesing aus Rastede sowie von Frau Arja Baumann aus Bonn. Aufgrund des Umfanges dieser Stellungnahmen wird auf die synoptische Darstellung in der Anlage 2 verwiesen.

Daneben hat sich auch der NABU Oldenburger Land e.V. als anerkannter Naturschutzverband geäußert.

Nähere Erläuterungen werden hierzu in der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen durch das Planungsbüro Diekmann & Mosebach gegeben.

Nunmehr kann der Feststellungsbeschluss gefasst werden.

Übersicht über den Verfahrensstand:

Grundsatzbeschluss/ Aufstellungsbeschluss	Frühzeitige Öffentlichkeits-/ Be- hördenbeteiligung	Öffentliche Aus- legung/ Behörden- beteiligung	Feststellungs- beschluss
BauPlUmStA 12.02.07 VA 20.02.07	März/April	Juli/August	Ratssitzung am 16.10.2007

Finanzielle Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen ergeben sich nicht.

Anlagen:

1. Abwägungsvorschlag
2. Planzeichnung mit Planzeichenerklärung

Mitteilungsvorlage

Vorlage-Nr.: 2007/190

freigegeben am 27.08.2007

GB 1

Sachbearbeiter/in: Berger, Moritz

Datum: 27.08.2007

Haushalt 2007 - Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	25.09.2007	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	02.10.2007	Verwaltungsausschuss
Ö	16.10.2007	Rat

Beschlussvorschlag:

Der Verwaltungsausschuss und der Rat nehmen Kenntnis von den in der Anlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben in Höhe von jeweils ab 5.000,00 Euro.

Sach- und Rechtslage:

In der Anlage sind die seit der letzten Ratsinformation bis zum 26.07.2007 angefallenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben aufgeführt.

Bei den über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt ist eine Deckung der Beträge durch verschiedene Haushaltsstellen in Haushaltsjahr (Minderausgaben oder Mehreinnahmen) vorhanden.

Finanzielle Auswirkungen:

- keine -

Anlagen:

Übersicht der über- und außerplanmäßigen Ausgaben ab 5.000,00 Euro.

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2007/224

freigegeben am 04.10.2007

Stab

Sachbearbeiter/in: Henkel, Günther

Datum: 04.10.2007

EntschlieÙung zum Erhalt der notfallmedizinischen Versorgung in der Gemeinde Rastede

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	16.10.2007	Rat
N	16.10.2007	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Die dieser Vorlage als Anlage 1 beigelegte EntschlieÙung wird beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Im Februar 2007 wurde von der kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen eine neue Notfalldienstordnung verabschiedet. Hintergrund der Änderung waren offensichtlich Probleme, die bei der Notfalldienstversorgung in Bereichen des Landkreises Emsland aufgetreten sind. Um eine vermeintliche Gleichbehandlung in ganz Niedersachsen umzusetzen, soll diese neue Notfalldienstordnung bis 2010 flächendeckend umgesetzt werden. Die Ziele der neuen Notdienstverordnung sollen unter anderem eine geringere und gleichmäßigere Verteilung der Dienstbelastungen sein. Dafür werden insgesamt die Notdienstbereiche in Niedersachsen jeweils vergrößert. Ziel dieser neuen Regelung soll aber auch sein, dass die Dienst habenden Ärzte in angemessener Zeit für die Patienten erreichbar sind.

Wesentliche neue Inhalte sind insbesondere die Schaffung einer zentralen Notfalldienstpraxis. Dabei soll eine Anbindung an ein Krankenhaus mit einer internistischen und einer chirurgischen Vollabteilung angestrebt werden. Außerdem ist darauf zu achten, dass bei der Bildung der Notfalldienstbereiche die Dienstfrequenz je Arzt in der Regel vier Dienste je Quartal nicht übersteigt. Für das Ammerland ist von der kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen geplant, dass mit Ausnahme der Gemeinde Rastede alle übrigen Gemeinden und die Stadt Westerstede zu einem Notfalldienstbereich zusammenfasst und von der bestehenden Notfalldienstpraxis an der Ammerlandklinik versorgt werden. Voraussichtlich würde dann ein doppelter Bereitschaftsdienst eingeführt mit einem Arzt ständig anwesend in der Notfallpraxis und einem Arzt für den Fahrdienst. Die Gemeinde Rastede soll an den Notfalldienst der Stadt Oldenburg angeschlossen werden, wobei dort eine Anbindung an das Evangelische Krankenhaus vorgesehen ist.

Die dargestellten Pläne zur Umsetzung der neuen Notfalldienstordnung sind auf den Widerstand der niedergelassenen Ammerländer Ärzte insgesamt gestoßen, wobei sich die niedergelassenen Ärzte der Gemeinden Rastede und Wiefelstede in einem Ärzteforum e. V. zusammengeschlossen haben. In ihrer Argumentation gegen die Änderung der Notfallordnung führen sie aus, dass bereits seit 50 Jahren ein gemeinsamer ärztlicher Notdienst besteht, wobei an dieser Stelle darauf hinzuweisen ist, dass dieser Notfalldienst nicht nur an Wochenenden, sondern auch innerhalb der Woche außerhalb der Sprechzeiten durchgeführt wird. Verständlicherweise würden sich bei einer Anbindung an Oldenburg deutlich längere Fahrzeiten mit mehr zeitlichen Aufwendungen für den einzelnen Patienten ergeben; für die niedergelassenen Ärzte dagegen sind etwaige finanzielle Auswirkungen zurzeit nicht erkennbar. Ob und inwieweit finanzielle Einbußen damit überhaupt verbunden sein können, lässt sich aufgrund der noch nicht umgesetzten Neuregelung nicht erkennen. Die zeitliche Inanspruchnahme würde aufgrund des zentralisierten Zuschnitts des Notfalldienstbereichs jedoch für den einzelnen Arzt deutlich günstiger werden.

Im Interesse der medizinischen Notfallversorgung hat sich jedoch das Ärzteforum dafür ausgesprochen, die bestehende Regelung zu belassen; dies wurde auch gegenüber der kassenärztlichen Vereinigung artikuliert.

Berücksichtigt man neben den Ausführungen des Ärzteforums darüber hinaus, dass durch den veränderten Zuschnitt unter Umständen erhöhte Sachmittelaufwendungen (z. B. für Notfalltransporte und Personalaufwendungen) aufgrund des erhöhten Notfallpatientenaufkommens zur Verfügung gestellt werden müssten, liefe nicht nur der originär von der kassenärztlichen Vereinigung beabsichtigte Einsparungseffekt vollends ins Leere, sondern würde lediglich durch Mehraufwendungen an anderen Stellen kompensiert werden. Hinzu kommt, dass Notfallpatienten im Regelfall einer ausgesprochen zeit- und damit notwendigerweise ortsnahe Behandlung bedürfen.

Aus Sicht der Verwaltung ist ein solches Versorgungsmoment schon aus sozialen Gesichtspunkten ein Erfordernis, welches eine ausschließlich wirtschaftliche Betrachtung - die noch dazu in diesem Fall nicht in dem gewünschten Maß eintreten kann - verbietet.

In Abstimmung mit dem Ärzteforum Rastede - Wiefelstede e. V. wurde deshalb die als Anlage 1 beigefügte EntschlieÙung zur beabsichtigten Änderung der Notfalldienstordnung vorbereitet. Als Anlage 2 ist das Schreiben des Ärzteforums Rastede - Wiefelstede e. V. beigefügt.

Finanzielle Auswirkungen:

keine

Anlagen:

1. EntschlieÙung der Gemeinde Rastede
2. Schreiben des Ärzteforums Rastede - Wiefelstede e. V.